

# Arbeiter-Zeitung

**Anzeigenpreis:** Die 10 gespaltene Zeilenzeile über dem Namen 10 Reichspfennige Stellen- und Wohnungsanzeigen, Familienanzeigen, Gerichts- und Verwaltungsverfahren 6 Reichspfennige — für komplizierteren Sachverhalt. — **Reklamepreis:** Die 10 gespaltene Zeilenzeile über dem Namen im Satz 20 Reichspfennige

**Organ der KPD., Bezirk Schlesien**  
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet).

**Bezugspreis:** Im Abonnement bei wöchentlichem Versand 2,00 Reichsmark monatlich 60 Pfennige Einzelnummern durch Straßenverkäufer und Post 10 Reichspfennige. — Redaktion und Expedition: Köpenicker Straße 20, Postfach 1000 Berlin 100. Fernsprecher: Köpenicker Straße 2000.

7. Jahrgang.

Montag den 22. Juni 1925

Nummer 137

## Rampffront gegen die Hungerzölle

### Zollkampf — wie er geführt wird und wie er geführt werden soll

Berlin, 22. Juni.

Vom Pol-Büro der Zentrale der KPD. wird uns geschrieben:

Wer nach den großen Tönen, die die sozialdemokratische und die Gewerkschaftspresse gegen die Zolltaubpläne der Lutherregierung von sich gegeben hat, glaubte, nun würde man endlich das feltene und neuartige Schauspiel erleben, die die schwarz-rot-gelben Sozialisten zum Kampf gegen Großkapitalisten und Junker, gegen die reaktionäre Regierung antreten, ist wieder einmal enttäuscht worden. Der „Sturm“, der nach der Meinung der „Gewerkschaftszeitung“ gegen die Zollvorlage entfaßt werden soll, hat sich bisher als ein lindes Lüftchen erwiesen. Was die „sozialistischen“ Regierungsvertreter in der Beratung des Reichsrats am 18. Juni geleistet haben, das ist ein Beispiel sozialdemokratischer „Kampfes“, das seinesgleichen sucht. Wenn im Reichsrat alle Regierungen, die von der Unterstützung der SPD. abhängen, gegen die Zollvorlage gestimmt hätten, dann wäre sie ebenso gefallen, wie der Einspruch gegen die Aufhebung der Ausnahmegerichtsbarkeit in Bayern gefallen ist. Aber, was hat die Gefahr der Aushungerung des Volkes für sozialistische Minister und Ministeranwärter zu bedeuten, wenn ihr höchstes Gut, der Ministerstuhl, in Gefahr ist? Das Verhalten der Braun-Regierung im Reichsrat gibt uns einen Vorgeschmack von der Art, wie der „Zollkampf der SPD.“ im Reichstag aussehen wird. Die Preussische Regierung hat sich mit keinem Wort gegen die Industriezölle gewandt, sie hat selbst Getreidezölle in der Höhe von 2-Mark bis 3,50-Mark vorgeschlagen und nur beantragt, das System der Mindestzölle, die sich der jeweiligen Differenz zwischen Weltmarktpreisen und Inlandpreisen anpassen zu ergeben. Als dieser Abänderungsantrag auf den Einspruch des Landwirtschaftsministers Kanitz abgelehnt wurde (dagegen stimmte z. B. die heftige Regierung mit ihrem sozialdemokratischen Präsidenten Ulrich), da stimmte in der Schlussabstimmung die preussische Regierung für den Regierungsentwurf. Der „Vorwärts“ meint: „... offenbar aus der Erwägung heraus, daß die Schaffung eines Zolltarifs an sich eine Notwendigkeit sei und ein Barmen nicht verantwortlich werden könne“, und bemerkt dazu:

„Nach diesem Ausfall im Reichsrat kann man sich eine Vorstellung davon machen, mit welcher Schärfe der Kampf im Reichstag entbrennen wird, wo in den nächsten Tagen und Wochen die endgültige Entscheidung fallen soll!“

„Spottet seiner selbst und weiß nicht wie!“ Die Schärfe des „sozialdemokratischen Kampfes“ wird danach darin bestehen, daß die SPD. grundsätzlich die Notwendigkeit des Zolltarifs anerkennt, Abänderungsanträge stellt, die die Industriezölle unberührt lassen, sich friedlich überstimmen läßt (auch von ihren zentrumslichen und demokratischen Koalitionsgenossen), wobei sie eventuell noch, falls es zur Rettung der Luther-Regierung notwendig sein sollte, was freilich nicht wahrscheinlich ist, für den Regierungsantrag stimmt oder sich der Stimme enthält.

Der „Vorwärts“ vom 20. d. Mts. deutet diese „Kampfführung“ schon an. Er bemerkt, daß die Regierungsparteien über die Zollvorlage noch nicht untereinander einig sind (für die Industriellen der Deutschen Volkspartei sind die Agrarzölle zu hoch), und daß daher ein Kompromiß wahrscheinlich in der Richtung der gleitenden Zölle beschlossen werden wird, das Zollgesetz würde eine „Vergewaltigung des Volkes“ darstellen und dürfe darum „in dieser Form“ (!) nicht Gesetz werden, das heißt, daß die SPD. für die Zölle zu haben ist, wenn man ihr in der Form entgegenkommt.

Es ist klar, warum die Sozialdemokratie selbst bei einer solchen Frage, wo offensichtlich die Interessen der breitesten Volksmassen auf dem Spiele stehen und es leicht möglich wäre, durch die Mobilisierung der Volksmassen die Regierung mit samt ihren Wucherplänen zu Fall zu bringen, nicht an einen wirklichen Kampf denkt. Die SPD. hat schon mehrfach, z. B. beim spanischen Handelsvertrag, die Luther-Regierung gereizt. Sie tut das deshalb, weil ihre ganze Politik von der Hinnahme bestimmt ist, in die edle Gemütsart der Luther-Stiehmännchen-Gebier aufgenommen zu werden, sobald es zwischen der Regierung und den Deutschen Nationalen wegen der außenpolitischen Schwierigkeiten zu einem Verzicht kommt. Die Sozialdemokraten verweigern keine Gelegenheiten, in der Öffentlichkeit zu erklären, daß nicht die Deutschen Nationalen, sondern die Sozialdemokraten dazu berufen sind,

### Offene Anfrage an den Bundesvorstand des ADGB.

#### Was gedenkt der ADGB. gegen den Zoll- und Steuerraub zu tun?

Der Reichsrat hat die Zollvorlage der Luther-Regierung mit 48 gegen 10 Stimmen angenommen. In der nächsten Woche soll diese Vorlage, die der Bundesausschuß des ADGB. mit Recht

„**undereinerbar mit den Lebensinteressen der großen Volksmassen**“

genannt hat im Reichstag durchgepeitscht werden. Jetzt schon beraten die Regierungsparteien über die Kniffe der Verschärfung mit denen sie eine etwaige Obstruktion abwürgen wollen.

Der ADGB.-Vorstand hat in mehrfachen Rundgebungen sich gegen die neuen Zoll- und Steuerpläne der reaktionären Regierung gewandt, er hat in seiner Sitzung vom 13. Juni „scharfsten Einspruch“ gegen eine Wirtschaftspolitik erhoben, die durch Schusszölle die Lebensbedingungen der Arbeiterschaft verteuert, andererseits aber jede Lohnerhöhung ablehnt.

**Der ADGB. hat aber trotz aller starken Worte gegen die Zölle noch mit keinem Wort herraten, durch welche Mittel er diesen Anschlag auf die Lebensinteressen des arbeitenden Volkes zurückweisen will.**

Er hat bisher als einzige Maßnahme beschlossen, 10 Pfennige pro Mitglied der Gewerkschaften zum Zwecke einer „planmäßigen Abwehraktion“ gegen die schutzzöllnerischen Bestrebungen der Regierung, Industrie und Landwirtschaft zur Verfügung zu stellen. In einer Zeit, wo die Bourgeoisie durch die Holzarbeiterausperrung die freien Gewerkschaften direkt mit den schärfsten Werten angreift, tut der ADGB. nichts zur Mobilisierung der Massen. Wir fragen im Namen von Millionen freigewerkschaftlich organisierter Arbeiter:

**Wie soll die planmäßige Abwehraktion aussehen?**

**Wann soll sie beginnen?**

**Warum ist von ihr bis heute nichts zu merken?**

Die Arbeiter-Z. hat mit den „Einsparungen“ des ADGB. schon die trübsten Erfahrungen gemacht. Noch immer warten die Arbeiter vergebens auf die versprochene Aktion zur Rückeroberung des Achtstundentages, für die jedes Mitglied 50 Pfennige bezahlt hat. Statt seine Mittel ausschließlich in den Dienst proletarischer Aktionen zu stellen, hat der ADGB. seine Mittel sogar für die politische Propaganda für bürgerliche Parteien verwendet. Die Gewerkschaftsblätter haben mit den Geldern der Arbeiter für denselben SPD.-Minister Braun Propaganda gemacht, deren Regierung eben im Reichsrat für die wucherische Zollvorlage gestimmt hat.

Nicht leere Phrasen in den Parlamenten, nicht hohles Geschrei in den Zeitungen fordern die Arbeiter von ihren Organisationen, sondern praktische Kampfmaßnahmen zur Verhinderung der Raubpläne der Bourgeoisie. Die Kommunistische Partei, die einzige Partei, die die Interessen der Arbeiterschaft und der werktätigen Massen konsequent vertritt, macht den Gewerkschaften den folgenden Vorschlag zu einem

**Aktionsprogramm gegen den Zollwucher.**

1. In der Zeit der Beratung der Zollvorlage Massendemonstrationen und intensivste Propaganda gegen die Zollpläne in ganz Deutschland, zugleich scharfste parlamentarische Obstruktion, auch gegen die Landesregierungen die die Zollvorlage unterstützen haben.
2. Sollten die bürgerlichen Parteien und die Regierung es trotzdem wagen, die Zollvorlage durchzusetzen, dann Volksentscheid gegen die Zollgesetzgebung. Unter dem Druck des ADGB. müßte auch die durch ihre Koalitionspolitik an die Bourgeoisie gefesselte SPD. dafür eintreten. Das zur Einleitung eines Volksentscheids notwendige Drittel der Abgeordneten wäre ohne Schwierigkeit gesichert.
3. Wenn die Regierung durch irgendwelche Gewaltmittel den Volksentscheid zu verhindern, zu beeinflussen oder sein Ergebnis zu ignorieren versucht, dann

**Einstellung des schärfsten gewerkschaftlichen Mittels, des Demonstrationsstreiks,**

der mit den anderen ebenfalls dringenden proletarischen Forderungen: Achtstundentag, Amnestie, Aufhebung der Lohn- und Meißelsteuer, Entwaffnung der monarchistischen Reaktion zu verbinden wäre.

**Arbeiter, Angestellte, Beamte!**

Sure Gewerkschaftsorganisationen werden unter ihrer jetzigen Führung diese Vorschläge nicht annehmen, wenn ihr sie nicht dazu zwingt. Die Spitzenorganisationen werden weiter radikal reden und nichts tun, wenn ihr sie nicht in euren Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen auf unsere Vorschläge verpflichten.

**Die KPD. erklärt sich bereit**

jede wirkliche Kampfmaßnahme gegen die Raubpläne der Bourgeoisie und ihrer Regierung mit allen Kräften zu unterstützen. Hat der Bundesausschuß des ADGB. bessere Vorschläge für die planmäßige Aktion gegen den Zollwucher zu machen, so werden wir sie akzeptieren und unterstützen. Aber wir werden nicht dulden, daß die Führer der Gewerkschaften, die durch die Macht ihrer Organisationen die Zoll- und Steuerpläne der herrschenden Klassen verhindern können, mit radikalen Phrasen ihr Nichtstun verhehlen.

**Es ist Zeit, von Worten zur Tat überzugehen!**

In einer Zeit, wo sich die marokkanischen Kolonialkrieger, die seit Jahrhunderten geduldt unter das Joch gebeugten Kulis, gegen den räuberischen Imperialismus erheben, werden auch die Lohnsklaven im Herzen Europas nicht mehr lange widerstandslos zusehen, wie sie an das internationale Kapital verkauft werden.

Ihr Herran vom ADGB. die Arbeitermassen erwarten von euch eine klare Antwort. Wenn ihr schweigt, so werden wir nicht verfehlen, diese Antwort der proletarischen Öffentlichkeit bekannt zu machen.

**Der ADGB. hat die Macht, den proletarischen Kampf gewaltig zu fördern oder zu erschweren. Er wird, was er tut und was er unterläßt, vor Millionen vom Hunger bedrohter Proletarierfamilien zu verantworten haben.**

Berlin, den 19. Juni 1925.

**Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands**  
Sektion der III. Internationale

die neue „Friedenspolitik“ der Luther-Regierung durchzuführen. Jeder scharfe Ton in Zoll- und Steuerfragen würde dieses höchste Ziel der SPD., den Aufstieg in die Ministerkessel, in Frage stellen. Darum geht es mit gedämpfter Trommel Klang.

So sieht die Sache aus vom Standpunkt der Kleinbürgerlichen Politikanten, die sich Sozialdemokraten nennen. Wie aber sieht es mit den Massenorganisationen des Proletariats,

den Gewerkschaften, die verpflichtet sind, nicht die Interessen sozialdemokratischer Postenjäger zu wahren, sondern die Interessen von Millionen organisierten Arbeitern? Die Zentrale der KPD., die wir heute veröffentlichen, wendet darauf hin, daß der ADGB., wie in allen anderen Fragen des Proletariats, so auch in der Zollfrage bis heute keine Worte, aber noch keine einzige praktische Maßnahme getroffen hat.

gegen die Wucherzölle vor. Es ist die Aufgabe der organisierten Arbeiterschaft, dafür zu sorgen, daß die Gewerkschaften sich dieses Kampfprogramm zu eigen machen und nicht wieder um das Schwimmbrotprogramm der parlamentarischen Scheinopposition der SPD.

Die allgemeine Lage der deutschen Arbeiterklasse ist so bedrohlich, daß die Gewerkschaften schleunigst die Kräfte der Massen mobilisieren müssen, wenn sie nur ihre eigene Existenz verteidigen wollen. Der Angriff der Scharfmacher der Holzindustrie ist ein Vorstoß gegen die Existenz der freien Gewerkschaften überhaupt. So leidet die Bourgeoisie den allgemeinen Angriff auf die Löhne und Arbeitsbedingungen des Proletariats ein und will sich zugleich bei der heraufziehenden Krise sicherstellen, daß wiederum, wie bei der Inflationskrise, die Arbeiterschaft allein alle Lasten zu tragen hat.

Ist der Kampf des deutschen Proletariats zur Rettung seiner primitivsten Rechte in der jetzigen Situation notwendig, so ist andererseits die Situation für diesen Kampf auch durchaus günstig. Die deutsche Bourgeoisie und ihre Regierung sind in großen Schwierigkeiten. Es ist keine leichte Aufgabe, nachdem man bei der Sündenburgwahl das Kleinbürgertum mit nationalistischen Phrasen belächelt gemacht hat, die Entwarnungsnote und den Garantievertrag zu schließen, die Deutschland in einen Zustand versetzen, den die Türken, Marokkaner und chinesischen Ruffis zu dulden nicht gewillt sind.

Zugleich mit dem Vormarsch der internationalen Reaktion sehen wir ein Erwachen der internationalen Arbeiterklasse. Nicht nur erheben sich im Osten die Millionen der Kolonialvölker, gleichzeitig sammelt sich im Mutterland des Kapitalismus, im Mutterland der Gewerkschaftsbewegung, in England, das Proletariat zu neuen Kämpfen und zeigt den Arbeitern aller Länder den nächsten Schritt, der auf dem Wege der Befreiung der Arbeiterklasse getan werden muß: die internationale Einheit der Gewerkschaften!

Auf den deutschen Arbeiter liegt in diesen Tagen eine schwere Verantwortung. Sie dürfen sich nicht von dem Geschwätz der Gewerkschaftsführer auf eine fernere Zukunft verströmen lassen, wo die Leistung, die die SPD mit sich bringt, durch Lohnsteigerungen weitgemacht werden soll. Das Proletariat ist der Vorkämpfer aller werktätigen Schichten. Die Verbindung von Industrie-, Brot- und Fleischlöhnen bedeutet den Hunger nicht nur für die Industriearbeiter, sondern auch für den städtischen Mittelstand und die arme Landbevölkerung. Lohnsteigerungen, die außerdem nur einem kleinen Teil der Arbeiterschaft zugute kommen, solange die reaktionäre Gewerkschaftsaktion der isolierten Lohnkämpfe gebraucht wird, sind kein Mittel, um den Hunger selbst der Bourgeoisie abzuwehren.

Die SPD zeigt den einzig gangbaren Weg des Klassenkampfes aller Werktätigen gegen die Bourgeoisie. Nicht die Reformisten, die heute noch an den Spitzen der Verbände stehen, sondern die Massen der Arbeiter haben zu entscheiden, ob die deutsche Arbeiterklasse noch in größeres Elend versinken soll, oder ob der Weg des Kampfes, der Weg der Befreiung gegangen wird.

### Gauung des schlesischen Reichsbanners

Breslau, 22. Juni.

Am gestrigen Sonntag fand hier die von der „Volkswacht“ so groß angelegte Gauung des Reichsbanners statt. In der Meisehalle sprach Herr Löbe unter großem Lärm und bei der Jagendeiweide Rede drüber seine Gefriedigung darüber aus, daß die Schwarz-weiß-rot in der Jagendeiweide eine Niederlage erlitten: er schien aber die „Sitz“ nicht für recht dancbar zu halten, denn er erklärte: „Solte es einmal den Reichsnationalen und Volksparteiern gelingen, vorübergehend in der Flaggenfrage ihre Anträge durchzusetzen, so wird Schwarz-weiß-rot doch die Fahne der Republikaner bleiben.“ Nach Löbes Rede wurde unter anderem angeführt, daß ein Redner des Zentrums sprechen sollte. Für die Schwarz-weiß-rot Freunde der völkerverhetzenden Sozialdemokratie sprach dann auch der in München-Glabbech ausgebildete Dr. Orumley. Dieser erklärte nicht im Namen des Zentrums, sondern im Namen der katholischen Jugend, die im Windhorstbund vereintigt sei und

### Vom Tage

In Eibersfeld fand ein Roter Tag statt, an dem 3000 Rote Frontkämpfer teilnahmen. Angreifende Faschisten erschlehten einen Denkzettel.

In China nehmen die Zusammenstöße zwischen eingeborenen Arbeitern und Ausländern kein Ende. Die Delegierten der Peking Hochschule fordern Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu England.

In der Wohnung des französischen Genossen Dorlot wurde eine Hausdurchsuchung vorgenommen und „Dokumente“ beschlagnahmt. Ein Antrag wegen dieser Immunitätsverletzung wird morgen in der Kammer beantragt werden.

Der bisherige Chefredakteur des „Wort“ Genosse Sieckow wurde auf sein Ersuchen von seiner Funktion enthoben. An seine Stelle tritt Genosse Professor Stworzow.

Die Pariser Polizei verhaftete in Paris und in der Provinz 120 Mitglieder der Kommunistischen Partei wegen ihrer Propaganda gegen den Maroffkrieg.

Das Kreuz vorantage, zu sprechen. Auch die Demomokraten kamen durch einen Landtagsabgeordneten und einen Professor zu Wort. Dann marschieren die aus allen Teilen Schlesiens herbeigeleiteten Reichsbannerleute durch die Stadt. Der Gauvorstand hoffte, 25000 Mann auf die Beine zu bringen. Es waren jedoch höchstens 10-12000 Mann, die im Zuge mitmarschierten. Dabei hatte man nicht nur die niederschlesischen und mittelschlesischen Ortsgruppen herangezogen, sondern auch obereschlesische Gruppen mitherangezogen. Die grüne Polizei ritt dem Zuge voran, um die Stützen der Republik zu schützen. Im übrigen war der Zug trotz seiner Länge recht langsam. Die Mannschaften trauten mit ihren schwarz-rot-goldenen Fahnen ohne Begeisterung daher, offenbar war den Arbeitern die Verbrüderung mit den Windhorstjüngern doch etwas in die Nase gestochen. Die Musikkapellen spielten ewig dieselbenlieder und Märsche. Nur hier und da stammten einige Reichsbannerleute ein Arbeiterlied an.

### Kommunistischer Antrag zur Aufwertung

(Eigener Drahtbericht)

Bresla, 22. Juni.

Die kommunistische Fraktion stellte im Aufwertungsausschuss folgenden

Antrag: Der Ausschuss wolle beschließen: Den § 8 zu ändern wie folgt:

§ 8. Die Eigentümer von Schuldurkunden der Anleiheabstufungsschuld haben nach näherer Bestimmung des Gesetzes

1. das Recht auf eine Anleiherente, soweit nicht § 13 etwas anderes bestimmt, 2. das Recht der Teilnahme an der Tilgung der Anleiheabstufungsschuld.

Den § 16 zu ändern wie folgt: § 16. Die Anleiheabstufungsschulden werden zu ihrem Nennbetrage getilgt.

Den § 17 Abs. 1 zu ändern wie folgt: § 17. Die Tilgung erfolgt in einem Zeitraum von 33 Jahren im Wege der Annuität.

Die §§ 19-22 zu streichen. Den § 28 Abs. 2 zu erlösen durch folgende Fassung:

Den nach Abs. 1 gebildeten Fond ist zu zahlen ein Betrag von 1 Milliarde Mark, der aufzubringen ist durch eine einmalige Abgabe auf die Vermögen, die in der Krieges- und Nachkriegszeit neu erworben sind, deren Jahreszins gebildet haben oder sich um nicht mehr als 30 Prozent vermindert haben.

Den Fond ist ferner zuzuführen die Hälfte der Evidenzen (siehe § 28 Abs. 2 der Regierungserklärung).

Zur weiteren Durchführung des Fonds dürfen weitere Bestimmungen der Inflationsgesetzgebung vorbehalten, insbesondere die Befreiung der Vermögen aus Grundbesitzveränderungen.

Bresla, den 21. Juni 1925.

gez. Rosch, Fab. Weber.

### Wann erfolgt die Freilassung der Genossin Soelz und der Geschwister Sahn?

Breslau, 22. Juni.

Zu der von uns am Sonnabend gemeldeten Verhaftung der Genossin Soelz, ihrer Schwester und der Geschwister Sahn erfahren wir, daß inzwischen die Schwester der Genossin Soelz aus der Haft entlassen worden ist. Sie wurde auf Veranlassung des benachteiligten Polizeikommissars Vogel 24 Stunden im Polizeigefängnis festgehalten, obwohl sie keiner Partei angehört und sich niemals politisch betätigt hat. Sie stellt sich lediglich zu Besuchszwecken bei ihrer Schwester auf.

Diese willkürliche Festhaltung einer vollkommen politisch unbescholtenen und unbedächtigen Person muß als eine

### schamlose Freiheitsberaubung

bezeichnet werden. Für die Breslauer politische Polizei, insbesondere für Herrn Vogel, scheinen die elementarsten Bestimmungen, die in der kapitalistischen Republik zum Schutze der persönlichen Freiheit noch existieren, nicht zu bestehen. Die politische Polizei könnte ihre Brutalität noch dadurch, daß sie der zu Unrecht Verhafteten, die mittellos ist, für Kost- und Schlafgeld in den verlausten Käfigen des Polizeigefängnisses noch 1,60 Mark abnahm.

Die Schwestern, Genossinnen Sahn, und Frau Soelz sind inzwischen vom Polizeigefängnis nach Kleistau überführt worden, und zwar im Gefangenenwagen, der betamlich vorwiegend zum Transport von Dirnen, Zubehörrern usw. benutzt wird. So behandelt die Breslauer Polizei und Justiz eine Frau und Mutter, die für ihre politische Ueberzeugung kämpft!

\*

Soweit wir erfahren, wird den Schwestern Sahn ein angeblich nicht gestatteter Briefverkehr mit Genossen Soelz zur Last gelegt. Es ist wohl ein einzig dastehender Vorfall, daß wegen einer derartigen Lapalalie eine Angeklagte, die ihr Kind nährt, in Haft genommen wird! Die gesamte Breslauer Presse, von der „Schlesischen“ bis zur „Volkswacht“, schweigt wahrscheinlich auf Befehl — zu diesem Skandal. Wir aber werden nicht schweigen und fragen: Hat die Breslauer Staatsanwaltschaft die letzten Erlasse über die Anwendung der Untersuchungshaft, die nach dem Fall Soelz erlassen wurden, gelesen? Nach diesen soll die Untersuchungshaft nur dann verhängt werden, wenn ohne dieselbe das Strafverfahren nicht durchgeführt werden kann. Bei allen drei Verhafteten, die deutsche Staatsbürgerinnen, seit Jahren in Breslau wohnhaft und nicht fluchtverdächtig sind, liegt kein begründeter Anlaß der Annahme des Fluchtverdachts, der Verdunkelungsgefahr, vor. Die weitere Inhaftierung bedeutet also lediglich Schikane und Willkür.

Die Breslauer Arbeiterschaft, die über die von Herrn Vogel inszenierte Verhaftungskampagne auf das höchste empört ist, fordert die sofortige Freilassung der Inhaftierten.

### Verletzung der Immunität des Genossen Schulz

(Eigener Drahtbericht)

Breslau, 22. Juni.

Genosse Schulz, der die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ verantwortet, erhielt eine Vorladung nach der anderen, um beim Amtsgericht zur Vernehmung zu erscheinen. Der Artikel 37 der deutschen Reichsverfassung, der den Abgeordneten das Recht zur Eile auf derartige Vorladungen überhandt nicht zu reagieren, schützten Herrn vom Waldenburger Amtsgericht nicht.

Am 16. Juni erhielt Genosse Schulz eine Vorladung mit dem Befehl, daß bei Nichterscheinen zu einer weite Vorführung erfolge.

Am 20. Juni aber werden diese Herren energischer, indem sie einer neuen Anzeige zufolge den Genossen Schulz zu Kenntnis setzen, daß wenn er Montag nicht da sei, seine sofortige Verhaftung erfolgen wird.

Was sagt das Preussische Justizministerium zu dem Vergehen eines ihm unterstellten Amtsgerichts?!

### Ein Obeinnehmendel

Der Komica einer Illusion. Von Otto Müller Götz.

Es, wie es zum Beispiel ein Bild gibt, das nichts ist als zwei Hände, wie sie sich an das Kreuz Christi klammern — es ist da nur ein Stück Holz davon sichtbar —, und wie ich ein Bild fern, wo nur die Hand Rosas gemalt ist, wie sie eine Tarde ins Feuer legt, so würde ich als Motto meines Werkes nur Ihre beiden Hände wählen. Ich würde vielleicht darunter schreiben: „Lebendige Säulen der Schönheit.“ Sie werden mich mit einem Male berührt haben.“ Inzwischen lachte der Doktor unangenehm die Beine Rosas ab, ließ ihr Kleid höher, so daß er die Beine bis zum Knie sehen und betasten konnte. „Und dieses herrliche Knie“, schwärmte der Doktor weiter, „dieses göttliche Knie, ja, das gehört dazu, wie die Komik in einer Säule eines griechischen Tempels.“

Sich schäufend, stieß Rosa immer wieder ihr Kleid herunter und machte ihre Beine unter dem Kleid zu verstellen. Und doch war sie erfüllt von einem glücklichen Gefühl. Ach, wie hatte ihr jemand so zu sagen verstanden, daß sie hübsch sei und daß sie einen schönen Körper habe. Was der Doktor ihr darüber gesagt hatte, hatte sie mit freudigem Schonen, denn es war ihr, als hätte sie jemand mit einer ganz warmen und kräftigen Hand. Wie ein Kissen schmeckte sie sich zuzusuchen und genug das Gehörte mit ihrer Rollst.

Der Doktor aber geriet mit heißen Blicken nach ihrem jungen, knochenlosen Körper. Es fiel ihm nicht schwer, einige Phrasen von feinsten Empfindungen auszusprechen, während er seine Augen schloß, um in der Phantasie Rosas neckend zu entlocken. Der Komica gefälliger Tage sah er Rosa ohne zu denken, wie sie beide Hände schmeckte vor das Gesicht hielt und in unbestimmter, kindlicher Angst starrte vor dem Komikanten. Er hörte sich ihr sagen: „Rosas, angliche dich nicht! Wohl werde ich dich mit allem noch etwas erschrecken können, weil alles was ich. Du wirst vor diesem eigenen Knie erschrecken, aber dann wirst du angelehnt neue Empfindungen haben und von einer noch nicht gekannten Lust wissen.“

Er hatte jetzt Nähe, sich in der geschlechtlichen Erregung nicht von der Gewalt seiner Leidenschaft überwältigen zu lassen und in dumpfer Eile sich an dieses Objekt seiner Lust zu klammern. „Halt“, sagte er sich im Stillen, „ich darf nicht zum Vöbel werden und dadurch alles verderben; so kurz vor dem Ziele stolpert man erahrungsgemäß leicht. Doch dieses Sensor Objekt muß eine Weile Geduld und ich wäre ein Held, wenn ich dieses hübe Subjekt nicht nicht entspringen könnte.“

„Mein liebes Kösschen“, begann der Doktor zu plaudern, während er ganz langsam aufs neue einbog. „Sie dürfen Ihr junges und lockbares Leben nicht mit dieser langweiligen Schwere belasten. Ich will Sie nicht gegen meine lebenswürdige Frau Rosas antreiben, aber länger, als Ihre Leberzeit dauert, zu der Sie sich nun einmal verpflichtet haben, sollten Sie auf keinen Fall Kammernel bleiben. Es wäre eine Sünde gegen Ihre heilige Schönheit. Sie sollen nicht eines jener schredlichen Reiter werden, die mit dreißig Jahren schon weiß und häßlich sind. Ich, wie haben mich die ansehender gewordenen Frauen ab, die man täglich zu Tausenden sieht, mit ihren Jahren, Hengstbänden und eingefallenen Brüsten. Sie sind wie wandernde Schandmalen des schönen Geschlechtes. Mag ja sein, daß es Arbeiterfrauen sind, die keine Mittel und Zeit haben ihren Körper zu pflegen, aber das ändert doch an dieser abgöttlichen Lausche nichts. Kösschen, Sie müssen sich vor diesem greulichen Schandmal bewahren und ich will Ihnen beistehen sein.“

Jetzt sah sich es Rosa an, daß der Doktor sie nur noch ganz einfach als Kösschen ansah, während er früher sie göttliches Fräulein genannt hatte. Sie ahnte nicht, daß auch darin Gefahr lag.

„Und nun trauen wir endlich ein Glaschen auf Ihre Schönheit, Kösschen. Ich begreife nicht, wie wir das so lange verkommen konnten. Sie junge Rosas im Reize der schönen Frauen. Sie werden ein großes und herrliches Leben führen. Sie werden die ganze Welt bereichern, viele Menschen werden Ihnen danken, Sie werden sich hüben können, so viel Sie wollen. Und das ganze Schöne, was Sie in diesen Schönen kennen, ist die Kunst, den Menschen, die Sie in der Hand haben, sie aus den Händen zu ziehen. Und Ihre Schönheit ist das Kapital, was Sie erwerben können. Sie müssen Ihren herrlichen Körper nur in Achtung zu pflegen und zu pflegen verstehen. Ich will Ihnen helfen. Mein ganzes Wissen will ich Ihnen zur Verfügung

stellen, um Ihnen zu diesem großen Glück zu verhelfen. Trinken wir also auf Ihre göttliche Schönheit und auf unsere unerschütterliche Freundschaft.“

Begeistert von der Lebenswürdigkeit und Hilfsbereitschaft des Doktors trank Rosa das dritte Glas. Dann lehnte sie sich lachend an den Doktor, der jetzt die Zeit für gelommen hielt, sie zu küssen. Rosa wehrte sich, war aber so sehr im Lachen, daß sie keine Kraft mehr hatte, sich des Doktors ernsthaft zu erwehren.

Für den Doktor erwies es sich nunmehr als geraten, das viele Licht, das sich bisher in das Zimmer gegossen hatte, zurückzudämmen und nur noch die Lampe brennen zu lassen, die auf dem kleinen Tisch an der Charrelongue stand. Dieses Licht war ein helles Schein in Rosas Gesicht und ließ sie nicht auf den Gedanken kommen, daß sie sich in einem verdunkelten Raume befände, trotzdem sie alle Gegenstände des Zimmers nur noch als Schatten sah. Auch das Gesicht des Doktors war augenblicklich nur ein beschatteter Profil zu sehen. So erschien es wunderbar und geistlich Rosa viel böser. Inzwischen geriet sie in eine Stimmung, in der sie alles außerhalb dieses Raumes und dieser Zeit sich Befindliche vergaß und nur existierte, was jetzt noch zu sehen war. Das aber blieb nur ein vages Bild mit unbestimmten Umrissen. Es mütete Rosa unglaublich komisch an, denn alle Gegenstände schienen verschoben zu sein und miteinander im Streite zu liegen, welchen Platz sie einander überlassen wollten. Sie fand das riesig komisch und lachte ununterbrochen. Dieses Lachen wiederum entwickelte sein eigenes Leben, das heißt, sie geriet in ein Lachen über ihr eigenes Lachen. Nur während eines kurzen Intervalles der Rührigkeit fragte sie sich: „Warum lache ich denn so?“ Aber gleich darauf brach sie unwillkürlich in ein neues Lachen aus, als habe sie die denkbar komischste Antwort bekommen.

Sobald der Doktor sich ihr nähern wollte, um sie zu küssen, knanpelle sie heftig mit den Beinen und lockte auf diese Weise den Doktor abzuweichen. Dieser aber ergriff dann beide Beine, hielt sie fest und drang an ihrem im Lachen zuckenden Körper bis zum Wunde vor. Dann berührte er sie so, daß er Rosa in den Rißel brachte und in ein neues Lachen stürzte. Schließlich tranken Sie zusammen noch ein Glas Sekt, so da Rosa noch toller wurde und es dem Doktor gelang, sie gänzlich willenlos zu machen. So daß er nach einiger Zeit sein Ziel... s erreichen vermochte... (Fortsetzung folgt.)

# Der katastrophale Gesundheitszustand der arbeitenden Massen

Reden — nichts wie Reden

## Deutscher Reichstag (Eigener Bericht.)

Berlin, 21. Juni.

Am Sonnabend wurde im Reichstag die Beratung des Staats des Reichsministeriums des Innern mit dem Kapitel Gesundheitswesen fortgesetzt. Während der Rede herrschte im Saale 10-15 Abgeordnete (!) sind durch schnittlich in Gesellschaft anwesend. Auf der Rednertribüne aber werden weinerliche Worte über den traurigen Gesundheitszustand gesprochen und allerhand Abhilfsmassnahmen vorgebracht.

Als der Sozialdemokrat Dr. Moses sprach und Ausführungen über die Lage der Bergarbeiter im Ruhrgebiet machte, ereignete sich ein Zwischenfall, der verdient, festgehalten zu werden. Dr. Moses sagte:

„Auf der Jahrtausendfeier der Rheinlande hat der Minister Braun in seiner Rede gesagt: Ich muß aus ganzem Herzen den Bergarbeitern meinen Dank aussprechen.“ In diesem Augenblick wird er durch Zuruf der sozialdemokratischen Abgeordneten unterbrochen: „Ja, mit Reden, mit Reden...“ — unterbrochen.

Mehrere Abgeordnete stürzten auf die Zwischenrufer mit den Worten zu: Bist du ruhig, es ist doch unter Braun gemeint! Troh aller Entschuldigungen und allgemeiner Verlegenheit war nichts mehr zu retten.

Der Vertreter der Regierung, Staatssekretär Zwegert, führte aus: Der Herr Reichsminister des Innern hat mich beauftragt, hier zum Ausdruck zu bringen, wie sehr ihm die deutsche Gesundheit am Herzen liegt. Alle Arbeit am Werke kann sich nur lohnen, wenn das Volk gesund und zur Arbeit gerüstet ist, eine gesundheitslich zerrüttete und entartete Bevölkerung würde nicht den Anspruch auf Selbständigkeit erheben können, auf die wir unser Recht auf dem Wege an der Sonne begründen. Ein gesundes und starkes Volk ist das Ziel für welches die bewußten Deutschen dieser Tage kämpfen und sich sorgen. Wir wollen, daß unser Volk lebt. — In diesem Sinne geht es weiter. — Dann: Sie wissen, wie verheerend die völkerverwundende Hungerblockade gewirkt hat. Es gewährt ja eine Befreiung, feststellen zu können, daß mit der Stabilisierung der Währung auch die gesundheitlichen Verhältnisse des Volkes sich im Jahre 1924 gehoben haben. (!) Heute seien bedauerlicherweise die Gesundheitsverhältnisse bei den Erwerbslosen und kinderreichen Familien noch keine guten. Zuruf bei den Komm.: Deshalb auch Getreidezulage. In diesem Sinne verabschiedet dieser Regierungsvertreter auf die frechste Weise die anwesenden Massen. Das wird durch die weiteren Redner fortgesetzt.

Dr. Heedenkamp (DNL): Wir müssen für die die Gesundheit unseres Volkes alles tun, was uns nur die Finanzen ermöglichen.

Dr. Schreiber (Ztr.): Hungerblockade, verlorener Krieg, passiver Widerstand, Inflation und Stabilisierung hätten unerhörte gesundheitliche Kräfte in Deutschland geschaffen. Durch Auswüchse des Alkoholismus wird die Kulturmission des deutschen Volkes nicht gefördert, sondern geschwächt. Im übrigen findet auch dieser Redner „wärmste Worte für alles Mögliche“.

Büdes (Dt. Sp.): Der Jugendpflege und Jugendberufshilfe muß auch weiterhin alle Sorgfalt zuteil werden von jedem, dem es mit dem Wiederaufstieg des deutschen Volkes ernst ist. Es müßte eine Jugend herangezogen werden, die imstande ist Deutschland in der Welt wieder die Stelle zu verschaffen, die ihm zukommt. Leider gäbe es heute keine allgemeine Wehrpflicht mehr. (!)

Diesen demagogischen Reden hielt die kommunistische Rednerin, Genossin Arendsee, Beispiele über die wirkliche Not der arbeitenden Massen und über die lächerlichen Hilfsmaßnahmen der Regierung entgegen. Genossin Arendsee führte aus: Es ist ein Widerspruch, zu glauben, daß bei diesen Beratungen irgendwas herauskommt, das eine wirkliche Verbesserung der Gesundheit der arbeitenden Massen bringt. Die Glaberrationen haben gezeigt, daß die Interessen des Kapitalismus gerade die Wahrung der Volksgesundheit ausschließen. Die Summe, die für diesen Zweck in dem Etat eingelegt, beweist das am besten. Ein einhalb Millionen Mark sind es. Und wenn darauf hingewiesen wird, daß die Gesundheitsfragen besonders in den Händen der Länder liegen, so zeigen die Beträge, die von den Ländern für das Gesundheitswesen eingesetzt sind, wie auch dort diese Fragen ausgeglichen werden. Bayern hat eine halbe Million eingelegt, Preußen ganze dreieinhalb Millionen, ebenfalls wie man für die Unterbringung von Pferderennen ausgibt. Danach sind 200000 Mark für Tuberkulosebekämpfung, 50000 Mark zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und 300000 Mark zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit vorgesehen. Diese nackten Zahlen zeigen am besten, wie Sie die Gesundheitsaufgaben einschätzen. Warum werden hier auch derartige heuchlerische Schönreden nicht gehalten.

Eine Organisation zur wirklichen Förderung der Volksgesundheit existiert nicht. Das Reichsinnenministerium hat keine zentrale Gesundheitsbehörde. Die Hauptaufgaben liegen heute vielmehr beim Reichsarbeitsministerium und hier wird die soziale Versicherung immer mehr zum Träger der gesundheitlichen Aufgaben gemacht. Also auch zur Bekämpfung der gesundheitlichen Schäden muß die Arbeiterklasse durch die sozialen Versicherungen beitragen die Kosten tragen. Das hat der Vertreter des Arbeitsministeriums im Ausschuss zugegeben, als er erklärte: Wenn Sie zu hohe soziale Forderungen stellen, dann erschweren Sie damit die Vorkämpfe, denn soziale Ausgaben sind ein Teil des Lohnes.

Wenn sich hier insbesondere die Rechte als Schützer der Volksgesundheit aufgepielt hat, so wollen wir diesen Herren mitteilen, daß es gerade ihre Freunde sind, die wieder ein ungeheures Attentat auf die Volksgesundheit planen. Nicht nur die Massen des Damocles werden den arbeitenden Massen aufgeschalt, sondern man ist dabei, durch die neue Zollvorlage eine weitere Steigerung der Säuglingssterblichkeit, ein weiteres Ansteigen der Tuberkulose, eine weitere Verelendung der breiten Massen herbeizuführen. Dr. Wasserhagen, ein bürgerlicher Arzt, hat in einer volkswirtschaftlichen Betrachtung über die Steigerung der Tuberkulosesterblichkeit während des Krieges nachgewiesen, die mit der Herabsetzung der Lebensmittelmengen im Jahre 1917 eine Steigerung der Tuberkulosesterblichkeit einhergegangen ist. Alle Ärzte, denen das Lebensinteresse der breiten Massen am Herzen liegt, fordern mit Recht, daß die Ernährung auf eine gesunde Grundlage gestellt wird. Aber was planen Sie, die hier nicht genug von der Hungerblockade Englands reden können? Sie wollen durch die Einführung der Lebensmittelkarte eine Hungerblockade durchführen, die ganz verheerend wirken muß!

Genossin Arendsee bringt dann ein umfangreiches Material über die Erwerbstätigkeit der Schulkinder über das Unterrichtsministerium unter den Kindern und über ihre Unterernährung zum Vortrag. Freilich? Jeder traurigen Verhältnisse tragen Sie (nach rechts) durch die Festsetzung der Schule bewußt zur Vergrößerung des Elends bei. Sie

wollen durch den Hunger die Arbeiterklasse zwingen, für Bettelbesuche 12 Stunden zu schuften. Dielem Zweck dienen auch die Massenentlassungen, wie wir das jetzt wieder bei den Holzarbeitern sehen. In einer Zeit, wo die Besessenen in Kurorte fahren, wirft man die Arbeiter in Massen auf die Straße.

Genossin Arendsee bringt dann noch weiteres eingehendes Material, insbesondere über die Tuberkulose. Schon jetzt sind die Zahl der Tuberkulosekranken auf eine bis eineinhalb Millionen geschätzt. Insbesondere nimmt ihre Verteilung unter den Kindern immer mehr zu. Wenn ein Antrag angenommen worden ist, der die Regierung auffordert, ein Reichsgesetz zur Bekämpfung der Tuberkulose einzubringen, so erwarten wir nach den Erfahrungen mit Preußen und Mecklenburg davon nicht viel. Um hier endlich Wandel zu schaffen, abhen wir Kommunisten hierzu Anträge eingebracht, worin die Tuberkulosebekämpfung insbesondere zur Staatsaufgabe gemacht wird. Die Organisationen, denen man sie heute überläßt, haben keine Mittel und keine Autorität. Weiter fordern wir eine wirkliche Inangriffnahme von Wohnungsfürsorge sowie Schaffung von Krankenhäusern und Heimen für die Tuberkulösen. So fehlen heute 80000 Betten für Tuberkulosekranke und Krankenhäuser. Dasselbe trifft für die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten zu. Bis heute hat die Regierung noch keine Antwort auf unsere Frage gegeben, wie sie die immer wachsende Steigerung des Kindbettsiebers beizugehen will. Sie selbst gibt zu, daß es auf die Zunahme der Aborte zurückzuführen ist. Für die Regierung gibt es nur die §§ 218/19. Trotzdem jährlich 15000 Frauen durch Abtreibung sterben und Hunderttausende zu Krüppeln werden. In einer Eingabe des Textilarbeiterverbandes wird festgestellt, daß 90000 schwangere Frauen im Erwerbsleben in hundert schwerer Arbeit stehen. Ich frage die nationalen Herren, die sich vorhin so lächelnd entzückten, wo bleibt da die Gerechtigkeit vor der Mutterkraft? Und wenn der deutschnationale Dr. Heedenkamp sagte: Mütter, stillt eure Kinder selbst, so ist das eine Verhöhnung der Frauen der arbeitenden Klassen, die wir uns hier im Namen der Arbeiterklasse aus dem Munde eines deutschnationalen Abgeordneten vererbten. Die Mütter der Kinder und Mütter hängen hier ihre Opfer. In diesem Zusammenhange fordern wir gemäß unserem Antrage eine unentgeltliche Geburtshilfe.

Indem wir das Proletariat aufrufen, mit aller Kraft den Kampf gegen das Elend aufzunehmen, führen wir gleichzeitig den entscheidenden Kampf gegen den Alkohol. Wir fordern, daß der Verkauf von Lebensmitteln zu alkoholischen Getränken verboten wird. Die Arbeiterklasse muß sich vom Alkohol losmachen, um sich nicht über das Elend des kälteren Lebens durch betäubende Getränke hinwegtäuschen (Anfall h. d. Romm.)

Vertagung Montag, 21. Uhr.

## Der Todespaß Eine warnende Stimme

London, 19. Juni.

Mrs Ellen Wilkinson, das einzige weibliche Labour-Parlamentariermitglied, beschreibt unter obigem Titel im Sunday Worker den Paß, der oberflächlich aussieht, wie ein Versuch, den Frieden in Europa zu schaffen, als eine „neue Bewegung des Kapitalismus“ und einen „Weltkrieg gegen Rußland“. Die einzige historische Tat des Krieges 1914/18 war die tatsächliche Erschütterung des Kapitalismus und die Ergreifung der Macht durch die russischen Arbeiter. Der russische Erfolg in der Besiegung des inneren Zerfalls und der sich schnell entwickelnden Stabilisierung war der Schlüssel zu der engen und festeren Diplomatie von Chamberlain.

Wenn England sich erholen soll, braucht es Zutritt zu den russischen Märkten. Als Lenin wichtige Handelskonzessionen anbot, wurden sie beiseite geworfen und England gab mehr als 100 Millionen für einen illegalen Versuch aus, die Sowjets vom Erdboden verschwinden zu lassen. Dieser Versuch ging fehl, ebenso wie die darauffolgenden diplomatischen Anstrengungen, die politische Macht der russischen Arbeiter in ihrer Außenhandelskontrolle zu besiegen. Deswegen mußte ein neues Spiel gespielt werden. Weil Baldwin's Regierung sah, daß die Deutschen und Russen in diesen Punkten Kontakte schlossen, wurde beschlossen, mit großartiger Schlaubeit Deutschland an den Westen zu binden und es zu zwingen, auf seine Beziehungen mit Rußland zu verzichten. Der erste Punkt dieses Spiels war der Dawesplan, der aufgezogen und ausgearbeitet wurde von der alten Baldwinregierung. Die Anwendung des Dawesplans auf Deutschland war ein Teil der „Kontinuität“ politik der MacDonaldregierung. Nachdem man Deutschland durch eine finanzielle Schlinge, die in dem Dawesplan enthalten ist, an die Verbündeten geknüpft hatte, war es notwendig, weitere Schritte zu unternehmen, um es ganz von Rußland zu isolieren. Der neue Schritt wurde unternommen und erscheint in dem Paß, den Chamberlain vom Stapel laufen ließ. Dieser Paß versucht, England, Frankreich und Deutschland gemeinsam für eine Aktion gegen Rußland zu binden.

Mrs Wilkinson behandelt dann den Restartikel der „Morningpost“ und fährt wie folgt fort: Die englische herrschende Klasse weigert sich, zu erlauben, daß ihre Verbündete nach Rußland gehen. Sie weiß, daß der schnelle ökonomische Fortschritt der Sowjetrepublik das Fortwärtstreiben der Weltarbeiterbewegung verstärken würde. Sie konnte eine Million unserer Erwerbslosen in wenigen Monaten in den Arbeitsprozess einreihen, durch ein großzügiges Uebereinkommen mit Rußland, das eine Anleihe in sich schloß. Aber die englischen Kapitalisten sind gespalten. Indem sie sich weigern, den russischen Revolutionären zu helfen, durch Export von Gütern, erzwingen sie im eigenen Land Revolutionäre, indem sie die Massen der britischen Arbeitslosen verstärken.

So ist der große Paß der Beginn eines neuen Weltkrieges gegen Rußland. Die englische Arbeiterbewegung soll die bewaffnete Angriffe von Lloyd George, Churchill und Curzon gegen die Sowjets einzustellen, und wir müssen die Kräfte der Massen wieder sammeln, wenn es notwendig werden sollte und die Weltpolitik von Chamberlain zerbrechen... Wir müssen die ganze Bewegung gegen den Paß sammeln. 4

## An die Arbeiter und Bauern Chinas!

Das deutsche Proletariat verfolgt mit großer Spannung den Streit der Arbeiter in Shanghai, die Aktionen der Studentenschaft und die wachsende Bewegung des chinesischen Volkes gegen den Imperialismus. Die kommunistische Partei Deutschlands, die Führerin des deutschen Proletariats, erklärt ihre volle Solidarität und wärmste Sympathie mit dem heroischen Kampfe des chinesischen Volkes und sendet den tapferen Kämpfern herzlichste Kampfgrüße. Das deutsche Proletariat weiß, daß jeder Erfolg im revolutionären Kampfe im fernen Osten die Positionen auch des deutschen Proletariats in seinem Kampfe gegen das Doppelspiel der Ausbeutung vom deutschen und fremdländischen Kapitalismus stärkt. Es lebe der Kampf des chinesischen Volkes für seine Unabhängigkeit gegen den Imperialismus! Es lebe der Sieg aller Unterdrückten über das Weltkapital!

Berlin, den 18. Juni 1925

Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands.  
Sektion der Kommunistischen Internationale.

## Der ADGB gegen eine China-Rundgebung

Berlin, 20. Juni.

Unter dem Druck der Massen sah sich der ADGB nun doch gezwungen, zu den Vorgängen in China Stellung zu nehmen. Als Schlussfolgerung aus der Schilderung der Schilberung der Greuel, die von den imperialistischen Mächtigern gegen das chinesische Proletariat begangen werden, gibt der ADGB dem Wunsch Ausdruck, daß die Vertreter der bürgerlichen Zivilisation in China ihr Gewissen prüfen sollen, da sie doch moralische Verpflichtungen übernommen hätten. Eine getreue bei ihm vorprechende chinesische Delegation hat um Beteiligung an einer Rundgebung. Ebenso wie die SPD mit Mithrasen von „herzlicher Sympathie“ herunterwirft, weigerte sich der ADGB, sich an der Rundgebung zu beteiligen. Die Aufgabe der deutschen Arbeiter ist es einen verstärkten Druck auf den ADGB auszuüben, damit er auf den Aufruf der Kommintern, Profintern antwortet.

## Die Lage in Frankreich

Paris, 22. Juni.

Der Einbruch scheint vor der Spaltung zu stehen. Gleichzeitig geht aber auch ein Riß durch die sozialistische Partei. Die Konferenz der sozialistischen Fraktionen mit dem Parteivorstand verlief ergebnislos. Nur darüber waren sich alle einig, daß die Politik Painlevés nicht die Politik des 11. Mai sei. Die „Unité“ forderte schärfste Opposition gegen das Ministerium. Es haben sich auch die meisten Organisationen gegen die bisherige Politik der Partei ausgesprochen. Die „Rechte“ erklärte, es wäre ein schwerer taktischer Fehler, wenn die sozialistische Partei allein die Verantwortung für die Sprengung des Einheitsblocks übernehmen würde. Es scheint, daß die Mehrheit der benachteiligten Parteifirstangen gewillt ist, dem Ministerium Painlevé das Vertrauen zu entziehen.

## Die zaristischen Vorposten der Imperialisten

Die bürgerliche CP-Telegraphenagentur meldet aus Paris: „Ueber die geplante Konferenz einer gegenrevolutionären russischen Organisation, die unter dem Vorhug des Großfürsten Nikolaus und des Generals Denikin in Paris zusammengetreten wird, werden weitere Einzelheiten bekannt. Zunächst ist beabsichtigt, den Großfürsten Nikolaus zum Oberbefehlshaber aller gegenrevolutionären Kräfte zu ernennen. Alle Offiziere und Truppenteile, die sich gegenwärtig in Südrußland und Bulgarien befinden, sollen unter ein einheitliches Kommando gestellt werden. Außerdem soll versucht werden, eine Verbindung mit dem gegenrevolutionären Armeekorps des Generals Nikiforenko herzustellen, das sich in der Mongolei befindet. Alle im Ural befindlichen Offiziere der gegenrevolutionären Einheiten sind angewiesen worden, sich für einen etwaigen Mobilisationsbefehl bereit zu halten. Der Plan des Großfürsten Nikolaus soll, der Pariser Zeitung „Pariser Post“ zufolge, darin bestehen, auf dem Balkan eine neue Operationsbasis für den Vorstoß nach Sowjetrußland zu schaffen. Ob dieser Plan Erfolg haben wird, ist zweifelhaft.“

Dazu ist zu bemerken, daß die beschriebenen von den russischen Arbeitern und Bauern nach Paris, London, Berlin usw. geflohenen Jarengenerale und Weingardistenoffiziere sich wieder gegen die Verhandlungen über den Sicherheitspaß konkretere Gestalt annehmen. Hinter den Nikolai Nikiforenko, Denikin usw. stehen die Regierungen des Imperialismus, dem die Weingardisten sich jetzt, ebenso wie die deutsche Republik als Kriegshunde gegen die Sowjetmacht anhängen.

Was sind die Imperialisten täglich schwebeln, daß die diplomatischen Auslandsvertretungen der Sowjetmacht Apparate der „revolutionären Wähler“ seien, inszentieren sie in aller Öffentlichkeit in Paris einen Einheitskongress der russischen Weingardisten.

## Kleine Auslandsnachrichten

Internationaler Stahlstreik. Berlin, 20. Juni. Verhandlungen zwischen Vertretern der französischen, luxemburgischen und französischen Eisenindustriellen zur Bildung des Eisenkartells geführt. Dabei machten die deutschen Vertreter den ausländischen bedeutende Zugeständnisse.

Prozess gegen deutsche Attentäter in Moskau. Moskau, 19. Juni. Wie amtlich verlautet, ist die gerichtliche Verhandlung gegen die Studenten Rindermann, Dittmar und Wolsch auf den 24. Juni festgesetzt. Die Anklage die auf Vorbereitung von Terrorakten gegen Stalin und Trotski lautet, vertritt Rechtsanwalt Krasnolentko.

Fallen der italienischen Dalai. Rom, 19. Juni. Infolge des weiteren Sinkens der italienischen Lira, die auch überraschenderweise mit einem Rückgang der italienischen Effekten verbunden ist, hat der Finanzminister die Vertreter der Großbanken erneut nach Rom berufen. Eine Intervention der italienischen Regierung steht unmittelbar bevor.

### Der Reichsarbeiterporttag in Langenbielau

Am der letzten Kartelltag gab es Vereine, besonders Gesangsvereine, die da glaubten, sie brauchen sich am Arbeiterporttag nicht zu beteiligen. Ein einziger Gesangsverein trat energisch für die Beteiligung aller Vereine die auf proletarischer Grundlage stehen, ein. Hier muß doch einmal die Frage aufgeworfen werden, warum muß sich jeder Arbeiterportler am Reichsporttag beteiligen. Wir müßten hier einmal die proletarische und proletarische Sportbewegung gegenüberstellen. Wir haben z. B. in Langenbielau Gesangsvereine:

Bürgerliche:	
Oberlangenbielauer Gesangsverein	358 Mitgl.
Gesangsverein Siedla	155
Edelweiß	51
Brion	170
Fische Brüder	100
Strohalm	300
Gertrud	150
Fortuna	120
Seatonka	120

Proletarische:	
Ziele Sängervereinigung	270 Mitgl.
Arbeitergesangsverein Morgenrot	120

Hier stehen also zwei Arbeitergesangsvereine neun bürgerlichen Gesangsvereinen gegenüber. Die Arbeitergesangsvereine haben zusammen 540 Mitglieder, dagegen die bürgerlichen 1604 Mitglieder. Bei den Turnvereinen das selbe Bild:

Bürgerliche:	
Männerturnverein	468 Mitgl.
Turnverein Bismarck	140
Turnverein Siedla	149

Proletarische:	
Freie Turnerschaft	160 Mitgl.

Als auch hier stehen 160 Arbeiterturner 757 bürgerlichen gegenüber. Außer den angeführten Vereinen haben wir noch eine ganze Menge anderer Sportvereine, die ebenfalls zum weitaus größten Teil dem bürgerlichen Lager angehören. Nachfolgend wollen wir die Sportvereine noch aufzählen.

Bürgerliche:	
Verein für Bewegungsspiele	180 Mitgl.
Deutsche Jugendkraft	60
Sportklub Preußen	120
Winterturnverein	550
Sportverein	19
Wandervereine	3
Wandervogel e. V.	12

Proletarische:	
Kraftsportverein	64 Mitgl.
Arbeiter-Radsportverein	100

Hier wieder dasselbe. Die proletarische Sportbewegung ist noch klein. Wie hier in Langenbielau, so ist es auch in anderen Orten. Nun wollen wir aber, daß sich viele, ja viele Arbeiter bei den bürgerlichen Sportvereinen befinden. Diese zu überzeugen, daß die Arbeiterorganisationen das Beste, ja das Beste, es ihnen bringen wie die bürgerlichen, sie mit einzureihen in die Reihen der aktiven Kämpfer der proletarischen Kämpfer muß unser Ziel unsere Aufgabe sein. Wir als Arbeiterportler müssen uns in allem grundsätzlich von den bürgerlichen unterscheiden. Das geht vor allem darin, daß die Jahre „Schwarz-rot-gold“ von den Arbeiterportlern verschwiegen, während wir sie glorifizieren fragen? Die Antwort ist doch nicht schwer. Schwarz-rot-gold ist die Fahne eines nationalpolitischen Ausbeuterlagers. Wir als Arbeiterportler sind aber Vertreter der sozialistischen Gesellschaft und wir haben von unserem Lager das rote Banner der proletarischen Bewegung zu unserem Banner erklärt, wir wollen es auch in alle Zukunft hoch in Ehren halten.

Das Mitgliederversammlung. Am Freitag, den 19. Juni, hielt die Ortsgruppe des Reichsarbeiterporttag eine Mitgliederversammlung ab mit folgender Tagesordnung: 1. Die Politik der Partei und die politische Lage. 2. Stellungnahme zur Delegierten zum Parteitag. 3. Verschiedenes. Zum ersten Punkt der Tagesordnung war als Referent der Vertreter der Bezirksleitung, Genosse Adels, anwesend, welcher in seinen Ausführungen die Notwendigkeit des Wandersportens und die tatsächlichen Maßnahmen für den letzten Parteitag, die den Gruppen zu jenem Moment als richtig verstanden wurde. Beacht-

# Arbeiter-Olympiade in Frankfurt a. M.

## Sportveranstaltung oder internationale Demonstration gegen die Bourgeoisie?

Vom 24. bis 29. Juli findet in Frankfurt a. M. die von der Luzerner Sport-Internationale veranstaltete Arbeiter-Olympiade statt. Alle Versuche der Roten Sport-Internationale, mit ihren Sektionen an der Olympiade in Frankfurt teilnehmen zu können, scheiterten an der reformistischen Führung der I.S.I. Auch die in der Luzerner Internationale vorhandene lebhafteste Opposition vermochte es nicht, durch zahlreiche Proteste und Resolutionen die Reformisten zu zwingen, daß die roten Sportler, Norwegens, der Schweiz, Schwedens und Frankreichs an der Olympiade teilnehmen. Die Reformisten tragen die volle Verantwortung, daß eine einheitliche Weltarbeiterolympiade nicht zustandekam, daß in Frankfurt eine Rumpfolympiade abgehalten wird und daß der Bourgeoisie die Einheit der Arbeiterklasse nicht mehr ein Hindernis werden kann. Aber auch die deutschen Reformisten, die Führer der Zentralkommission für Arbeiterport und Körperpflege sind dabei, die revolutionären Elemente der Arbeiterklasse auszuschalten. Der Rote Frontkämpferbund, der sich mit einem Antrag an die Zentralkommission zur Teilnahme an der Olympiade wandte, erhielt eine ablehnende Antwort. Auch der Proletarische Gesundheitsdienst, der seine Samaritane, folgten zur Verfügung stellen wollte, wurde frech abgewiesen.

Wiederum haben die Reformisten der Arbeiterklasse dokumentiert, daß sie die Einheit der Arbeiterbewegung nicht wollen und mit allen Mitteln ihres Lebens gegen die Herstellung der Einheit kämpfen. Sie wollen nicht nur keine wirkliche Arbeiter-Olympiade. Die Luzerner sind in allem Kraft dabei, in Frankfurt nur eine sportliche Kundgebung zu machen.

Die Stellung der bürgerlichen Sportvereine, ihre offene nationalpolitische und reaktionäre Haltung, ihr Haß und ihr Kampf gegen die Arbeiterportvereine zeigen die zwei großen Lager der viele Millionen zählenden Sportler. Die bürgerlichen Sportvereine zählen annähernd zwei Millionen Mitglieder, die Arbeiterportvereine etwa 1 1/2 Millionen. Große Massen irreführender von Klassenbewußtsein unbeschwerter Arbeiter stehen noch in den bürgerlichen Verbänden und werden dort zu falschen Paraden und nationalpolitischen Kundgebungen mißbraucht.

Am Freitag, den 19. Juni, hielt die Ortsgruppe des Reichsarbeiterporttag eine Mitgliederversammlung ab mit folgender Tagesordnung: 1. Die Politik der Partei und die politische Lage. 2. Stellungnahme zur Delegierten zum Parteitag. 3. Verschiedenes. Zum ersten Punkt der Tagesordnung war als Referent der Vertreter der Bezirksleitung, Genosse Adels, anwesend, welcher in seinen Ausführungen die Notwendigkeit des Wandersportens und die tatsächlichen Maßnahmen für den letzten Parteitag, die den Gruppen zu jenem Moment als richtig verstanden wurde. Beacht-

Die Front gegen die Arbeiterklasse mit Haß der II. Inbürgerlichen und bürgerlichen Schichten wird geschlossen. Die Sozialdemokraten tun alles, um die Front der Arbeiter, die Front der proletarischen Sportler zu sprengen. Sie sind auch in der Sportbewegung zu Palästen der Bourgeoisie, zu Verrätern an den Interessen der Arbeiterklasse geworden. Dafür spricht weiter die Haltung der Reformisten gegenüber den bürgerlichen Sportvereinen.

Die Zentralkommission für Arbeiterport und Körperpflege und die Bundesverbände führen keinen Kampf gegen den bürgerlichen Sport und gegen das Bürgertum, weil sie noch immer die Politik vom Sport ausgehen wissen wollen. Sie rufen sich nur dann zu einer Stellungnahme gegen einzelne bürgerliche Vereine auf, wenn die Arbeiterportvereine in alzu trivialer Weise von den Praxistheorien der bürgerlichen Sportorganisationen verleumdet werden. Nur einzelne Vereine, an deren Spitze revolutionäre Arbeiter stehen, führen einen mehr oder minder unentwegenen Kampf gegen die Bestrebungen des Schwarz-rot-golden und Schwarz-rot-goldenen Bürgertums. Nicht allein gegen die bürgerlichen Sportvereine, gegen die Bourgeoisie als Klasse und deren Staatsapparat muß sich der Kampf richten.

Aus der Tatsache, daß die Politik der Luzerner Internationale auf die Verwirklichung des Klassenkampfes der Arbeiterportbewegung abzielt, folgt weiter, daß sie alles daran setzen, um zu verhindern, daß die Olympiade zu einer roten Demonstration wird. Das elementarste Prinzip: Verbindung der Aktionen der Arbeiterportler mit der Arbeiterklasse, ist zu einem „Blümlein für mich nicht an“ geworden. Genau wie beim bürgerlichen Sport sollen auch die Arbeiterportler von den Arbeitern „beglückt“, „begasst“ und „bellätscht“ werden, aber in einem selbsttätigen Abstand von den Arbeitern stehen. Nach den bereits getroffenen Vorbereitungen soll der „Festzug“ der Olympiade nur aus Sportlern bestehen. Die Arbeiterorganisationen, insbesondere die Gewerkschaften, sollen zwar ihre Funktionäre für die technischen Arbeiten stellen, aber das Gros der gewerkschaftlichen Arbeitermassen soll nicht eingegliedert werden. So errichtet die Luzerner Internationale vor dem Arbeiterporttag nur Sportveranstaltung oder Arbeiterdemonstration?

In einem Artikel des „Olympiade-Presseendienstes“: „Die Weltolympiade, Gewerkschaften und Sport“ werden den Gewerkschaften Aufgaben im Kampfe gegen die Betriebsportvereine zugewiesen, als ob das nur eine Aufgabe der Gewerkschaften wäre. Warum diese Forderung? Warum wird diese Aufgabe nicht zuerst den Arbeiterportlern gestellt, nicht auf die Notwendigkeit der Stärkung der gewerkschaftlichen Organisation durch die Arbeiterportler hingewiesen und warum werden die Arbeiterportler nicht aufgefordert, sich selbst den Gewerkschaften anzuschließen und eine gemeinsame Front gegen den bürgerlichen Sport und seine Verbände zu führen? Den revolutionären Arbeitern ist das ganz klar, weil sie wissen, daß die Sozialdemokraten als Agenten des Kapitals die Einheit der Gewerkschaften und der Arbeiterportbewegung nie fördern werden, da doch ihre ganze praktische Politik auf die Trennung und Spaltung der Arbeiterklasse zugunsten der kapitalistischen Restaurierung und der Reaktion hinausläuft.

Ablehnung der Zulassung der Roten Sportinternationale und der russischen Arbeiterportler, weil sie keine einheitliche, geschlossene Weltarbeiterolympiade wollen, Rumpfolympiade, weil eine rote, eine revolutionäre Demonstration verhindert werden soll, Trennung von der Arbeiterklasse, weil man nur den sportlichen Charakter der Luzerner vor aller Welt und der Bourgeoisie demonstrieren will.

Weil dem so ist, deshalb müssen die Arbeiterportler den Kurs der Reformisten aufmerksam verfolgen, dagegen Stellung nehmen und selbst alles tun für die Ausnützung der olympischen Veranstaltung zu einer einträchtigen Demonstration für die rote Front, denn die Arbeiterportler brauchen mit ihren Millionen Mitgliedern Seite an Seite mit den revolutionären Arbeitermassen die Reaktion niederzuwerfen. Die Olympiade muß zu rechtlichen Kundgebungen der Kampfbereitschaft der proletarischen Sportler werden.

### Briefkasten

Ergänzung Artikel zum „Königsgraben“ kann infolge Anhängung von wichtigeren Manuskripten nicht veröffentlicht werden.

An alle Berichtshalter. Befolge Straßendruck und Raumvergnügen erheben einige Berichte verfehlt.

Verantwortlich für den gesamten Text: Richard Schulz, Breslau; Sekretär: Irtak Müller, Breslau; Verlag: Schleife Verlagsgesellschaft, G. m. b. H., Breslau; Druck: Hermann Müller, Breslau.

### Liebig-Theater

Monat Juni 1925  
Täglich 5 Uhr Täglich 8 Uhr

## Saßspiel

# Hartstein

und Gesellschaft

Der unerschütterliche Erbprinz

## Der Stoiz 3. Kompagnie

Bisher über 2000 mal aufgeführt

Opern- und Singspiele

Das Schicksal der Königin

Herrmann Meßner

Hilary's Circus

Tanzgastspiel Blinowa u. Worslowa und Seta Bara

Witaly Drinow

„Die goldene Ephe“

Wenig oder Nichts?

### Schauspielhaus

Opern- und Singspiele

1. Akt

Genie 8 Uhr und täglich

## „Anneliese von Dehm“

2. Akt

Genie 8 Uhr und täglich

3. Akt

Genie 8 Uhr und täglich

4. Akt

Genie 8 Uhr und täglich

5. Akt

Genie 8 Uhr und täglich

6. Akt

Genie 8 Uhr und täglich

7. Akt

Genie 8 Uhr und täglich

8. Akt

Genie 8 Uhr und täglich

9. Akt

Genie 8 Uhr und täglich

10. Akt

Genie 8 Uhr und täglich

### Berichtungsstatender

11. Akt

Genie 8 Uhr und täglich

12. Akt

Genie 8 Uhr und täglich

13. Akt

Genie 8 Uhr und täglich

14. Akt

Genie 8 Uhr und täglich

15. Akt

Genie 8 Uhr und täglich

16. Akt

Genie 8 Uhr und täglich

17. Akt

Genie 8 Uhr und täglich

18. Akt

Genie 8 Uhr und täglich

19. Akt

Genie 8 Uhr und täglich

20. Akt

Genie 8 Uhr und täglich

### Wir empfehlen unsere

## Büchereibank

zur Angemessenheit und billigen Preisberechnung von

- Plakaten
- Briefbogen
- Rechnungen
- Flugblättern
- Programmen
- Eintrittskarten

und alle anderen Druckarbeiten

## PEUVAG

Papier-Druck- und Verlags-Gesellschaft

Berlin

Filiale Breslau  
Tschingelstraße Nr. 50

### Magerkeit wirkt unschön

Schöne volle Körperformen durch unser

## „Negro-Kraftpulver“

in 6-8 Wochen bis 30 Pfund Zunahme - Garantiert unerschütterlich. Arztl. empfohlen. Streng reell! Viele Dank-schreiben. Preis Karton mit Gebrauchs-Anweisung 3 Mk.

Kronen-Apotheke, Neue Schweidnitzer Straße 3  
Hygiea - Apotheke, Tautenzienstraße Nr. 91

---

### Die moderne „Kreisfrage“

kostet bei 250 bis 6 Mk. nur nur

Merken Sie sich meine Adresse:

## Kurt Schleier

Hüte, Mützen, Herrenartikel  
Taschenstr. 9  
schrägbügel von Paschke

# Alle Magen- Nerven- Gallensteinleiden

„Gesunden bestimmt“: Dr. med. E. Campe, G. m. b. H., Magdeburg A. 999

Krankheit angeben. Inhalt auf den Packungen aufgedruckt. Verlangen Sie sofort Probedosis und Broschüre kostenlos und franko



# Betrieb und Werkstatt

## Lohnbewegung der Textilarbeiter

Wiltbergersdorf.

Von unserem Gewerkschafts-Berichterstatter.  
Am Dienstag, den 18. Juni, fand in Wiltbergersdorf eine außerordentlich gut besuchte Textilarbeiterversammlung statt, wahrscheinlich infolge der besonders fröhlichen Tagesordnung: „Was haben die Unternehmer mit der Arbeiterchaft vor?“

Das Referat hielt Gewerkschaftsführer Frischke, der im besonderen den Gang der bis jetzt gepflegten Lohnverhandlungen schilderte. Bekanntlich war das Lohnabkommen, vom 2. 2. 25 laufend bis 31. 5. 25, gekündigt worden. Der deutsche Textilarbeiterverband trat mit Lohnforderungen an die Unternehmer heran. Die Forderung des Verbandes hatte das Württembergische Lohnabkommen zur Grundlage, welches als Spitzenlohn 54 Pf. für Männer und 45 1/2 Pf. für Frauen beträgt. Die Bezirksgruppen Schlefens brachten nun ihre Forderungen und Wünsche der Arbeiter in einem Schreiben an den Vorstand des Schlefensbauerschulles Dr. Meisner, Breslau, dar, welches aber unbeantwortet blieb, bis ein Herr Rosenberg die Herren wegen „Ferien“ entschuldigte. Gewiß eine Frechheit, die Herrn noch in den Wädem zu belästigen.

In der Sonderberatung, die die Unternehmer daraufhin schickten und deren Ergebnis sie dem deutschen Textilarbeiterverband mitteilten, war ganz nach unserer Prognose. Ihre Erklärung lautete: „Eine Lohnhöhung nach dieser Grundlage behüte eine katastrophale Gefährdung der Wirtschaft und müsse, da sie ganz außer dem Bereich des Möglichen liege, abgelehnt werden.“ Bereit zu Verhandlungen sind die Unternehmer nur in ihren Betrieben, was sie auch wunderbar in einer Denkschrift überlegten, in der sie sich gegen jede amtliche Lohnpolitik verbarren. Nur frei im Betriebe mit ihren Schächten verhandeln, für sie wahrlich besser als ein Zwangstakt!

Nach der am Sonntag stattgefundenen Zusammenkunft der Leiter der verschiedenen Untergruppen wurde nun ein Beschluß gefaßt, daß zuerst die mit gutem Geschäftsgang belegte Gruppe unbedingte Lohnforderungen stellen und deren Erläuterung auch ohne den Schlichter durchgeführt werden sollen. Besonders wurde auf Grünberg hingewiesen, deren Belegschaft zu 65 Prozent organisiert ist.

Am der nach dem Bericht des Kollegen Frischke eingehenden Ausdrücke meldete sich zuerst Kollege Kramer zum Wort, der unsere Forderung für gerecht hielt, da er die Tragbarkeit derselben mit einem Beispiel aus Ödritsch bewies, wo die Unternehmer bei längerer Arbeitszeit noch eine Extrabergütung von 150 Mark pro Tag zahlen konnten. Ein Gast aus Berlin schilderte die dortigen Verhältnisse im Vergleich zu den unsrigen und war der Überzeugung, daß schon die abgelehnten, eingehenden Gesichter hier Hände genug sprechen, so daß jedes Gegenwärtige der Unternehmer einen frechen Hohn bedeute. Unser Genosse Jenu er gab Erklärungen über den schlechten Lohn der Schlarbeiter sowie vom Ziel- und Hochbau und forderte die Kollegen auf, stark zu sein und einzig und geschlossen diese Hungerlöhne zu bekämpfen.

Zwischen mir und nicht die Zeichen der Zeit deuten auf Sturm und Kampf. Und diesen Kampf siegreich zu beenden, heißt Geschlossenheit und Einigkeit bewahren.

## Der feine SPD.-Betriebsratsvorsitzende

Georg-Gottes-Grube, Altwasser

Von unserem Betriebsberichterstatler.

Weder unteren Betriebsratsmann hört man so allenthalb schöne Geschichten. Er heißt Ernst Mann und gehört der Sozialdemokratie an. Die kommunistischen Betriebsräte wurden schon vor mehreren Monaten gemahngelt, so daß jetzt die SPD.-Gesamtagungen unter sich sind.

Als Aufsichtsratsmitglied erhält jedes Betriebsratsmitglied pro Monat ein halbes Schichtenlohn, und die Ausschussmitglieder ein ganzes Schichtenlohn. Der Obmann hat die Aufgabe, diese Gelder in Empfang zu nehmen und ordnungsgemäß an die anderen Mitglieder des Betriebsrats zu verteilen.

Was macht nun der Herr Mann? Vergangenen Monat hat er die Gelder wohl empfangen, statt sie aber an seine Kollegen zu verteilen, hatte er sie einfach verpulvert.

Ob als die Kollegen ungeduldig wurden, kam die Geschichte nach, und Herr Mann wurde gezwungen, das Geld zu ersehen. Eine wirklich nette SPD.-Gonostschaft!

Es ist Zeit, daß in den Betriebsrat wieder ein paar Kommunisten hineinkommen, um hier nach dem Richtigen zu sehen. Solche Mitglieder hütet die SPD. und die Gewerkschaften in den Reihen ihrer Organisation.

Da, wir können sie hüten.

## Ein rigoroser Meister

Wiltbergersdorf, Sandberg

Von unserem Betriebsberichterstatler.

Trotz der Veröffentlichung des Berichtes über das Verhalten des Meisters Wutke gegen die Arbeiterchaft (Nr. 93 unserer Zeitung „Ein Revolutionär von 1918“) bringt dieser Mann seine Offizier-Stellvertreter-Manieren den früheren Verbändkollegen gegenüber immer noch zum Vorschein. In den ständigen Ausdrücken wie Suchen Sie sich andere Arbeit, steht man nur den Charakter seiner Person heraus. Unsympathische Arbeiter werden als minderwertig behandelt, indem er einen Zwang auf bestimmte Arbeit ausübt. Er ist auch derjenige, welcher die Akorde zugunsten der Arbeiter drückt. Dieses rigorose Benehmen ist so durchsichtig, daß Meister Wutke die ihm „Anliehanten“ auf die Straße setzen möchte. Kollegen der Wiltbergersdorf, haltet zusammen, tretet ein in die freien Gewerkschaften. Statt wird der Tag kommen, wo die Arbeiter wieder sagen werden: Mit solch einem Menschen wollen wir nichts mehr gemein haben.

## Wer organisiert ist, erhält keinen Vorschub

Firma G. F., Schweidnitz

Von unserem Betriebsberichterstatler.

Als ein Kollege der in besonderer Rolle letzte einen Antrag auf Vorschub einbrachte, erhielt er von dem Betriebsleiter heraus die Frage vorgelegt:

Sind Sie organisiert?

Die Antwort lautete: „Ja.“

Daraufhin erhielt er die Antwort, wer organisiert ist, erhalte keinen Vorschub.

Wir möchten diesen Organisationsverweigerer nun sagen, daß er durch solche Maßnahmen keine anderen Kollegen von der Organisation abdrängt. Im Gegenteil! Dadurch sehen die Kollegen, wie sehr den Schmarbenern die Organisation ein

Sorn im Auge ist und werden ihr erst recht treu bleiben. Wir werden bei gegebener Gelegenheit den Betriebsleiter heraus scharf unter die Lupe nehmen. Gelegenheit gibt er genug dazu.

Den Kollegen jedenfalls ist dies ein Beweis mehr, daß sie sich noch fester zusammenzuschließen haben.

## Ein „demokratischer“ Betrieb

Aronwerk, Schweidnitz

Von unserem Betriebsberichterstatler.

Es ist wieder einmal notwendig, den Betrieb Aron unter die Lupe zu nehmen. Der „demokratische“ Direktor wird immer reaktionärer. Beträgt noch schlimmer sind die Ingenieure und Werkmeister, abgesehen von einigen Ausnahmen. Sie haben die letzte Ausperrung wahrgenommen, um bei der Einstellung unbedingte Arbeiter zu mahregeln. Allen voran der Ingenieur Hoffmann, der es fertig bringt, Arbeiter, welche seit Oktober 1921 im Betrieb arbeiten, nicht wieder einzustellen mit der Begründung, daß sie für den Betrieb nicht geeignet seien. Dabei weiß jeder Kollege im Betrieb, daß gerade diese Kollegen ihre Arbeit verstanden. Einer der Kollegen war Leiter der kommunistischen Zeitung und der Ingenieur glaubt, daß dieser der Verfasser der in der Zeitung veröffentlichten Notiz über unseren Betrieb sei und entläßt ihn darum. Er hat sich aber schwer getäuscht. Wir werden weiter aus dem Arbeitsgebiet (erst Aufstapfgebiet) des Herrn Hoffmann über alle Mißstände und Schikanen schreiben. Im übrigen, auch über diesen Herrn wird die Arbeiterchaft noch einmal ein ernstes Wort sprechen.

Der „demokratische“ Herr Direktor aber hält es nicht für notwendig, nach dem wahren Grund der Entlassung unseres Kollegen zu fragen. Er hält es also für richtig, daß sie nicht wieder eingestellt werden und beweist damit seine „demokratische“ Bestimmung. Man ist eben nur dann ein „Demokrat“, wenn es nichts kostet oder nichts mit dem eigenen Betrieb zu tun hat.

An die Kollegen appellieren wir, praktische Solidarität zu üben, damit die Gemahregelten eine Unterstützung bekommen. Notwendig, und das haben wir wieder gerade aus der letzten Bewegung gelernt, ist der Eintritt aller Kollegen in den SPD. Es werden wieder Kämpfe entbrennen. Wir müssen uns dafür rüsten und darum hinein in den Verband und auch politisch organisiert in der SPD.

## Eine Schanzmachersfirma

Eisenhüttenwerk C. Schmitt, Schweidnitz

Von unserm Betriebsberichterstatler.

Eine feine Firma ist obengenannte. Sie gehört zwar dem Arbeitgeber-Verband nicht an, angeblich, weil sie es nicht nötig hat. Als bei der letzten Metallarbeiter-Ausperrung auch die Kollegen dieser Bude den geforderten Lohn verlangten, lehnte es die Firma ab und die Kollegen traten in den Streik. Als dem Chef der Firma der Vorschlag gemacht wurde, er solle mit dem Organisationsvertreter, Genossen Hirsch, verhandeln, erklärte dieser Herr: „Bringen Sie mir diesen Menschen nicht hierher, mit dem verhandle ich nicht. Sollte er trotzdem kommen, verfolge ich ihn wegen Hausfriedensbruch.“ Er wollte eben nicht mit der Organisation verhandeln. Nach Beendigung der Ausperrung gingen die Formner nicht in den Betrieb, weil man von Seiten des Herrn Schmitt die Einstellung des Kollegen Reinert, der als Obmann des Betriebes fungierte, verweigerte. Trotzdem ließ die Firma die Hände mündlich nach Formner, erhielt sie doch keine. Nach einer Woche war die Firma luriert und lud die Formner zur Verhandlung ein. Die Wiedereinstellung des Kollegen, des Obmanns erfolgte und wurde auch eine neue Akordregelung vorgenommen, so daß die Kollegen gewillt waren, die Arbeit wieder aufzunehmen. Ein Kollege von den Formnern sollte als Kernmacher beauftragt werden. Er sollte den Stundenlohn eines gelernten Mannes bekommen und er willigte deshalb auch ein. Nach 3 Tagen stellte es sich heraus, daß die Firma nicht Wort gehalten hatte. Herr Schmitt wie nennt man auf gut deutsch ein solches Verhalten? Wir nennen es Be... Die Kollegen werden wissen, was sie bei solchen und ähnlichen Dingen in Zukunft zu tun haben.

## Der Verdienst eines Hebertagearbeiters in den Fürstener Gruben

Von unserem Betriebsberichterstatler.

Wir haben in der Hand die Lohnzettel eines Hebertagearbeiters der obengenannten Zeche für die Monate Januar bis Mai. Der Lohnzettel für Januar sieht folgendermaßen aus:

Schichten 3	53,23
Schichten 13	7,50
Hausst. u. Kindergeld	4,50
Gesamtverdienst	65,23

Knappschichtklasse	5,00
	1,74
Inoafidenerverl.	1,32
Abhlag	49,00
Beit. z. Pfennigklasse	0,50
Krant und Kartoffeln	0,50
Pfennigklasse	0,07
Summa der Abzüge	58,13
Weibeln zu zahlen	7,10

Im Monat Februar hatte derselbe Arbeiter nicht einen Lohn, sondern einen Rest in Höhe von 3,23 Mark.

Im Monat März hatte er einen Lohn von sage und schreibe eine Mark und sechsundsiebzig Pfennig.

Im Monat April hatte er einen Lohn von 3,60 Mark.

Im Monat Mai hatte er einen Lohn von 3,50 Mark.

Von diesem seinen Verdienst soll er nun seine Familie nicht nur ernähren, sondern sie auch kleiden. Wie er das macht, ist ein Rätsel, wie es nur ein dämlicher Proletarier und insbesondere ein sozialistischer Proletarier versteht.

## Er kann den Betriebsrat nicht leiden

Aronwerk, Schweidnitz

Von unserem Betriebsberichterstatler.

Es ist so. Der Werkmeister Galkert kann den Betriebsrat nicht leiden. Überall, wo er dem Betriebsrat, hauptsächlich

dem Obmann derselben, Kollegen Helfer, Steine in den Weg legen kann, tut er es. Nach der Ausperrung hat er es fertig gebracht, dem Genossen Helfer den Betriebsratsposten dadurch sauer zu machen, daß er ihm den Kontrollratsposten entzog und ihm Akordarbeiten übergab. Weiter erklärte er, sollte Genosse Helfer wieder als Betriebsrat fungieren, so würde er ihn demnächst im Akord arbeiten lassen. Das kommt einer Beschneidung der Betriebsratsrechte gleich und es ist notwendig, daß die Belegschaft in einer Betriebsversammlung dazu Stellung nimmt.

Dieser Werkmeister scheint vergessen zu haben, daß er auch einmal Arbeiter war, und zwar einer von denen, die sich gegen Schikanen gewendet haben. Bei der Gewerkschaftsbewegung waren schon Schritte unternommen worden, nur die Beschneidung der Betriebsratsrechte zurückzunehmen, aber wie diese Schritte ausfallen, das wissen die Proleten ja sehr gut. Das die engste Zusammenarbeit zwischen Belegschaft und Betriebsrat wird bezwungene Maginationen verhindern können.

Kollegen, stellt Euch reißlos hinter den Betriebsrat. Macht er Eure wenigen Rechte vertreiben kann!

## Gewerkschaft

### Mitgliederversammlung des Metallarbeiterverbandes

Schweidnitz.

Von unserem gewerkschaftlichen Mitarbeiter.

Am Mittwoch fand in der Stadt Reichenbach eine Mitgliederversammlung der hiesigen Zasthelle statt. Der Geschäftsführer, Kollege Hirsch, eröffnete die Versammlung mit dem Bericht, Kollege Stimm, das Wort. Derselbe hielt einen Rückblick auf die vergangene Metallarbeiterbewegung und versuchte den Ausgang der Ausperrung in ein gutes Licht zu legen. Bemerkenswert war, daß er meinte, daß in nächster Zeit neue Kämpfe bevorstehen werden und daß versucht werden müsse, daß Schließen dem Lohnraub der anderen Wirtschaftsbereiche gleichkomme. Er bedeutete, daß die jüngeren Kollegen es ihm verweigert haben, daß er über den Abschluß des Kampfes keine Abstimmung habe vornehmen lassen (auch wird über dieselben Meinung wie die jüngeren Kollegen. Wenn man es auch verstehen konnte, daß zu Beginn des Kampfes keine Zeit zur Abstimmung mehr war, aber am Ende des Kampfes wäre es notwendig und Pflicht der Gewerkschaftsleitung gewesen, die Kollegen über einen bezwungenen Kampfabbruch zu befragen. Über der Kampf mußte ja abgewirgt werden.) Kollege Stimm wies ferner darauf hin, daß auch weiterhin keine Rücksicht genommen werden könne auf die Unorganisierten. Man werde vielleicht in kommenden Kämpfen wieder zu der Faktion greifen, einzelne Abteilungen und Gruppen in den Streik zu ziehen, was hinterher natürlich die Ausperrung zur Folge haben wird. Er konnte es sich nicht verkneifen, unseren beiden Kollegen, welche bei den Schlussverhandlungen in Ödritsch anwesend waren, und gegen einen bezwungenen Kampfabbruch gestimmt hatten, eine auszuwählen. Dem trat in der Diskussion der Kollege Rudolph entgegen, welcher gemeinsam mit dem Kollegen Hirsch in Ödritsch war. Er erklärte, daß die Kollegen es heute noch für richtig befinden, daß unsere Kollegen in Ödritsch einen bezwungenen Resultat ihre Zustimmung verweigerten. Die Delegierten hatten bestimmte Richtlinien von der ausgesperrten Belegschaft erhalten und mußten einen bezwungenen Abschluß ablehnen. Kollege Hirsch erfuhr, daß sich jedes Mitglied als Funktionär der Organisation zu betrachten hätte und versuchen müsse, die uns noch fernstehenden für die Organisation zu gewinnen. Daß der Boden dafür reif ist, wird bewiesen dadurch, daß ein einziger Genosse von uns in einer Woche 30 Neuaufnahmen für den Verband gemacht hat.

Kollege Stimm gab noch einen Bericht über die Verhandlungen mit dem Direktor Sch. von Aron-Werk, der sich wieder eingestellter Kollegen. In dieser Verhandlung hatten Kollege Hirsch und der Betriebsobmann Kollege Helfer teilgenommen. Bei diesen Verhandlungen wurden wohl einige Zugeständnisse gemacht, aber sie sind bis heute noch nicht durchgeführt.

Trotzdem noch einige wichtige Punkte auf der Tagesordnung standen, wie der Bericht über die letzte Betriebsratskonferenz in Breslau, Stellungnahme zum Gewerkschaftskongress, mußte die Versammlung geschlossen werden, da der Saal anderweitig in Anspruch genommen wurde. Kollege Hirsch erfuhr um vollständiges Erscheinen der Mitglieder in der nächsten Versammlung, da diese Punkte noch erledigt werden müssen. Die Versammlung soll nächste Woche stattfinden.

Kollegen, sorgt für regen Besuch!

## Die Gewerkschaftspalter im D. B. A. B.

Konfordia-Grube, Hindenburg

Von unserem Betriebsberichterstatler.

Die Erfolge der Kommunisten bei den Betriebsratswahlen im letzten Monat haben die Gewerkschaftspalter zum Aufschrecken genommen, aufs neue den Geist der Zorntracht in die Gewerkschaften zu tragen. Franz, der „Führer“ des Bergarbeiterverbandes hält sich einweilen noch im Hintergrund und schickt dafür keine jungen Leute vor.

Darunter tut sich besonders hervor der radikale Krähmel. Bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit greift er zur gemeinsamen Feinde gegen die SPD. so in einer Mitgliederversammlung des Bergarbeiterverbandes am 14. Juni in Hindenburg. Als es galt, Vorschläge zu machen für die Betriebsratswahl auf der Konfordia-Grube, zeigte sich, daß unter Genosse Widera das vollste Vertrauen seiner Belegschaft hat. Krähmel will aber unter allen Umständen verhindern, daß Widera wieder aufgestellt wird, er möchte gar zu gern, daß eines seiner Werkzeuge zum Obmann gewählt würde. Da dem Genossen Widera nichts anzuhaben ist, verfuhrte man nun gefügigt auf irgendeinen Paragraphen des Statuts des Bergarbeiterverbandes, seine Wahl als unzulässig hinzustellen.

Die Herrschaften irren sich! Durch bezwungene Stellvertretungen werden die Kommunisten sich nicht aus den Vertrauensstellungen des Proletariats herausdrängen lassen. Wir stehen grundsätzlich auf dem Standpunkt der gewerkschaftlichen Einheit und werden nicht unzulässig zusehen, wenn die Grupp der Gewerkschaften durch bezwungene Mächter zerklüftet wird. Der Genosse Widera ist langjährig gewerkschaftlich organisiert und sein Uebertritt im Anfang dieses Jahres erfolgte unter Anrechnung der Mitgliedschaft in der Union. Wenn man jetzt verfuhrte ihm diese Rechte abzubrechen, so zeigt das den wahren Charakter der Gewerkschaftsautoritäten. Diese Mächter wird die oberste Gewerkschaft nicht gefallen lassen und die Belegschaftsversammlung der Konfordia-Grube wird Krähmel und seinen Gefolgsleuten zeigen, daß Widera nach wie vor das vollste Vertrauen der Belegschaft besitzt!

